



Umwelt, Natur und Landschaftspflege
Landratsamt Kitzingen

Landratsamt Kitzingen - Kaiserstraße 4 - 97318 Kitzingen

Im Hause
SG 61

Ihr/e Ansprechpartner/in:
Herr Marcel Pfaff

Gebäude-/Zimmer-Nr. **8.83.10**
Telefon **+49 (9321) 928-6216**
Telefax **+49 (9321) 928-6299**
Marcel.Pfaff@kitzingen.de
www.kitzingen.de

| | | | |
|---|----------------------------------|---|------------|
| — | Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom | Unser Zeichen (bei Antwort bitte angeben) | Kitzingen, |
| | 61-6024-BL-12-2024 | 62.2-1730.3/4 | 27.03.2024 |
| | 61-6024-BL-11-2024 | | |

Betreff: **BL-12-2024 BPlan-Verfahren "Hühnerberg" der Gemeinde Buchbrunn**
BL-11-2024 3. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Buchbrunn
Gemarkung Buchbrunn

Durch:
Verwaltungsgesellschaft Kitzingen
Friedrich-Ebert-Straße 5
97318 Kitzingen

Ihre Nachricht vom 04.03.2024

Beschreibung des Vorhabens

Die Gemeinde Buchbrunn plant die Aufstellung des Bebauungsplans „Hühnerberg“ am südlichen Rand, sowie die 3. Änderung des Flächennutzungsplans.

Vorliegende Antragsunterlagen

Es liegen die Unterlagen zum Bebauungsplan „Hühnerberg“ mit Stand 30.11.2023 und zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans mit Stand 30.11.2023 vor.

Verwendete Fachgrundlagen

FinView: Biotopkartierung (BK), Artenschutzkartierung (ASK), ÖFK, Schutzgebiete (nationale, Natura 2000), Ortseinsicht, Luftbilder

| | | |
|-----------------------|---|--|
| Öffnungszeiten | Mo-Fr 08:00-12:00, Mo u. Di 13:00-15:30 Uhr, Do 13:00-17:00 Uhr | Terminvereinbarungen auch außerhalb |
| Servicezeiten | Mo-Do 08:00-08:30, 11:30-12:00, 13:00-14:00 Uhr, Fr 08:00-08:30 Uhr | der Öffnungszeiten möglich! |
| Konten der | Sparkasse Mainfranken Würzburg, IBAN DE37 7905 0000 0042 0690 54, BIC BYLADEM1SWU | |
| Kreiskasse | Fürstlich Castell'sche Bank, IBAN DE09 7903 0001 0001 0003 00, BIC FUCEDE77XXX | |

Fachliche und rechtliche Vorgaben

Es gelten generell die Vorgaben der §§ 13 ff. BNatSchG (Eingriffsregelung) sowie des § 44 BNatSchG (Besonderer Artenschutz).

Schutzgebiete

Schutzgebiete nach den §§ 23-29 BNatSchG, Art. 14 f. BayNatSchG und § 32 BNatSchG (Natura 2000) sind nicht betroffen.

Biotopschutz und sonstige naturschutzfachliche Gegebenheiten

Es sind keine nach § 30 BNatSchG oder Art. 23 BayNatSchG geschützten Biotope oder nach Art. 16 BayNatSchG geschützten Landschaftsbestandteile betroffen.

Fachliche Bewertung

Eingriffsregelung

Bei dem Vorhaben handelt es sich um einen Eingriff i. S. d. §§ 14 ff. BNatSchG, da es geeignet ist durch Veränderung der Gestalt von Grundflächen die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich zu beeinträchtigen.

Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen und unvermeidbare Beeinträchtigungen zu kompensieren (§ 15 Abs. 1, 2 BNatSchG).

Die Bemessung des Kompensationsbedarfs erfolgt mittels altem Leitfaden zum Bauen im Einklang mit der Natur.

Gem. der Anwendung ergibt sich für eine beanspruchte Fläche von 16.500 m² ein Ausgleich von 5.440 m².

Eine Ausgleichsfläche, bzw. ein Ausgleichsvorschlag ist noch vorzulegen.

Mit den grünordnerischen Maßnahmen auf öffentlichem und privatem Grund besteht Einverständnis.

Artenschutz

Alle heimischen Fledermausarten sind gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 b) aa) und Nr. 14 b) BNatSchG jeweils i. V. m. Anhang IV der RL 92/43/EWG besonders und streng geschützt, es gelten die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG.

Alle heimischen Vogelarten sind als europäische Vogelarten gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchstabe b bb) besonders geschützt, es gelten die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG.

Zauneidechsen sind gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 b) aa) und Nr. 14 b) BNatSchG jeweils i. V. m. Anhang IV der RL 92/43/EWG besonders und streng geschützt, es gelten die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG.

Demnach ist es gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verboten, Tiere der besonders geschützten Arten sowie deren Entwicklungsformen zu töten, zu verletzen, zu beschädigen oder zu zerstören. Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten von besonders geschützten Arten, wie es beispielsweise ein Vogelnest ist, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Zur Prüfung der Betroffenheit geschützter Arten fand eine Begehung des Dipl.-Biologen H. Beigel statt, die Ergebnisse wurden im Gutachten vom 11.12.2023 dargelegt.

Eine Betroffenheit von Fledermäusen kann nicht ausgeschlossen werden, da in den Bäumen ausreichend geeignete Strukturen, wie z. B. Rindenabplatzungen und Höhlen gefunden worden sind. Demnach sind die Strukturen der Habitatbäume im Verhältnis 1:3 auszugleichen. Als mögliche Ausgleichsmaßnahme für zu fallende Bäume können die Stammabschnitte mit den Strukturen in gleicher Ausrichtung an einen Bestandsbaum gebunden werden. Zur Schaffung neuer Quartiere können Höhlenstrukturen in Bäume gebohrt werden, in Gebieten mit Kastentradition Fledermauskästen angebracht werden. Mittelfristig und als Ausgleich für Rindenabplatzungen können Bäume geringelt werden. Eine langfristige Möglichkeit ist, artgleiche Bäume (mindestens aber Laubbäume) mit einem Brusthöhendurchmesser (BHD) > 40 cm aus der Nutzung zu nehmen, welche im besten Fall bereits Strukturen aufweisen.

Hierfür wäre eine genaue Kartierung der Strukturen in den Habitatbäumen durch eine fachkundige Person notwendig, um den Ausgleichsumfang festlegen und geeignete Vergrämuungsmaßnahmen vornehmen zu können.

Im Vorhabensgebiet sind nur Gehölzbrütende Vogelarten aufgefunden worden. Durch eine Verlegung des Schnittzeitpunkts außerhalb der Vogelbrutzeit, den für die Fledermäuse beschriebenen Maßnahmen und den Festsetzungen zu Heckenpflanzungen u. a. im Bebauungsplan wird keine langfristige Beeinträchtigung der Arten erwartet. Zur Überbrückung der Zeit, bis die gepflanzten Gehölze eine ausreichende Größe haben, ist eine Anbringung von Vogelnistkästen mit verschiedenen Lochdurchmessern und Bauarten (Höhlenkasten, Halbhöhlenkasten) angebracht. Die Zahl und Variation der Kästen ist von einer geeigneten Fachperson mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Es ist durch geeignete Maßnahmen darauf zu achten, dass sich nach der Baufeldfreimachung keine bodenbrütenden Vogelarten auf dem Gelände niederlassen. So kann eine dauerhafte Schwarzbrache hergestellt und erhalten werden, sowie Stangen mit Flutterband in regelmäßigen Abständen installiert werden.

Auch wenn bei Kartierungsarbeiten keine Eidechsen gesichtet worden sind, wird in den Unterlagen zur saP nicht ausgeschlossen, dass Zauneidechsen im Vorhabensgebiet vorkommen. In diesem Fall gibt es verschiedene Möglichkeiten, mit dem Sachverhalt umzugehen.

Eine Möglichkeit wäre, dass der Kartierer die Witterungsbedingungen und Zeiten seiner Kartierungen vorlegt. Sollten sowohl die Witterungsbedingungen, als auch die Zeiten für eine Kartierung der Zauneidechsen gem. Leitfaden des LfU geeignet sein, kann ggf. davon ausgegangen werden, dass keine Zauneidechsen im Vorhabensgebiet vorkommen, sodass keinerlei Maßnahmen bzgl. der Zauneidechse nötig sind.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine Worst-Case-Annahme, d.h. es wird angenommen, dass auf jeden Fall Tiere im Gebiet vorkommen. In diesem Fall muss eine Ausgleichsfläche im Verhältnis 1:1 angelegt werden und eine Umsiedlung der Tiere vorgenommen werden.

Noch eine weitere Möglichkeit wäre explizite Kartierungen für die Zauneidechse in diesem Jahr vorzunehmen, um eine Präsenz, oder aber auch eine Absenz der Zauneidechse zu bestätigen.

Fazit

Mit den Festsetzungen bzgl. der grünordnerischen Maßnahmen besteht Einverständnis.

Zur Festlegung des unbedingt notwendigen artenschutzrechtlichen Ausgleichs bedarf es zwingend genauerer Kartierungen der Habitatbaumstrukturen, bzgl. Anzahl und Form der Strukturen, mit dem dadurch einhergehenden Ausgleichsbedarf.

Weiter ist eine Festlegung für das Vorgehen bzgl. der Zauneidechsen, ob, sofern die vorzulegenden Daten unzureichend sind, ein Worst-Case-Fall angenommen wird oder eine Kartierung gem. dem LfU-Leitfaden vorgenommen werden soll unerlässlich.

Die Ausgleichsfläche für den Eingriff in die Natur und ggf. den artenschutzrechtlichen Ausgleich ist unweigerlich vor Baubeginn mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Aus naturschutzfachlicher Sicht kann ansonsten der Planung, unter Beachtung der nachfolgenden Vorschläge für Festsetzungen, zugestimmt werden.

Vorschläge für Festsetzungen

Vorschläge für Festsetzungen, welche vor Baubeginn umgesetzt werden müssen

- Es ist vor Baubeginn eine fachlich qualifizierte Person bzw. Büro als ökologische Baubegleitung (ÖBB) zu beauftragen und diese Person bzw. Büro der unteren Naturschutzbehörde zu benennen. Die ÖBB hat bei den jeweiligen Einweisungs- und Besprechungsterminen teilzunehmen und es ist die Terminierung und die jeweilige technische Vorgehensweise auf die Belange des Natur- und Artenschutzes hin abzustimmen. Die ÖBB hat die Baumaßnahmen in natur- und Artenschutzfachlicher Hinsicht zu begleiten. Den Anweisungen ist hinsichtlich artenschutzfachlicher Relevanz Folge zu leisten um ein Eintreten der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausschließen zu können.

Vorschläge für Festsetzungen

- Anfallende Gehölzschnitt-, oder Rodungsarbeiten von Bäumen ohne Habitatstrukturen sind auf die Zeit außerhalb der Vogelbrutzeit, also zwischen 1. Oktober und 28. Februar zu verlegen.
- Die Habitatbäume sind außerhalb der Vogelbrutzeit so zu stützen, dass sie nicht mehr durch Vögel genutzt werden können. Mitte März bis Ende April werden nach einer Kontrolle durch die ÖBB vorhandene Strukturen verschlossen, um eine Beeinträchtigung geschützter Arten zu vermeiden. Sollte eine Nutzung nicht ausgeschlossen werden können, sind drei Tage vor der Maßnahme die Strukturen mit einem Reusenverschluss zu versehen.

Marcel Pfaff

Fachkraft für Naturschutz